



Wirtschaft & Gesellschaft, Wettbewerb, Konsum & Preise, Regulierung

Wachstum braucht ***Regulierungsabbau statt Staatskonsum***

04.12.2025

Auf einen Blick

- Das Schweizer BIP und die privaten Investitionen wachsen verhalten.
- Deutschland ist in einer Wirtschaftskrise, weil nur noch der Staatskonsum das stagnierende BIP stützt, während Investoren flüchten.
- Das Beispiel Litauen zeigt, dass gezielte Deregulierung und tiefer Staatskonsum das Potenzial der Wirtschaft besser ausschöpfen.

Drei Datenkurven reichen aus, um die Wirtschaftsentwicklung zusammenzufassen. Zumindest sollen sie in Deutschland laut Bundeskanzler Merz die Wirtschaftsmisere unterstreichen. Es handelt sich dabei um die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts, des Staatskonsums¹ und der privaten Investitionen.

Die letzten zehn Jahre waren für Deutschland trüb: Stagnierendes BIP und rückläufige Investitionen. Das BIP wird lediglich durch stark steigenden Staatskonsum gestützt. In der Schweiz haben wir zwar noch keine Krise wie in Deutschland. Aber auch wir dürfen uns keine wirtschaftspolitischen Fehlritte leisten.

In der Schweiz wächst das BIP nur zögerlich. Die Investitionen liegen unter dem EU-Durchschnitt und deutlich hinter denen der führenden Länder zurück. Wie Deutschland laufen wir Gefahr, diese Probleme mit wachsendem Staatskonsum zu kompensieren. Aber die Fehler Deutschlands dürfen hier nicht wiederholt werden.

Abbildung 1: Wirtschaftsentwicklung von Deutschland und der Schweiz

(konstante Preise, 2015 = 100)

[Datenvisualisierung - ID nicht gefunden]

Deutschland

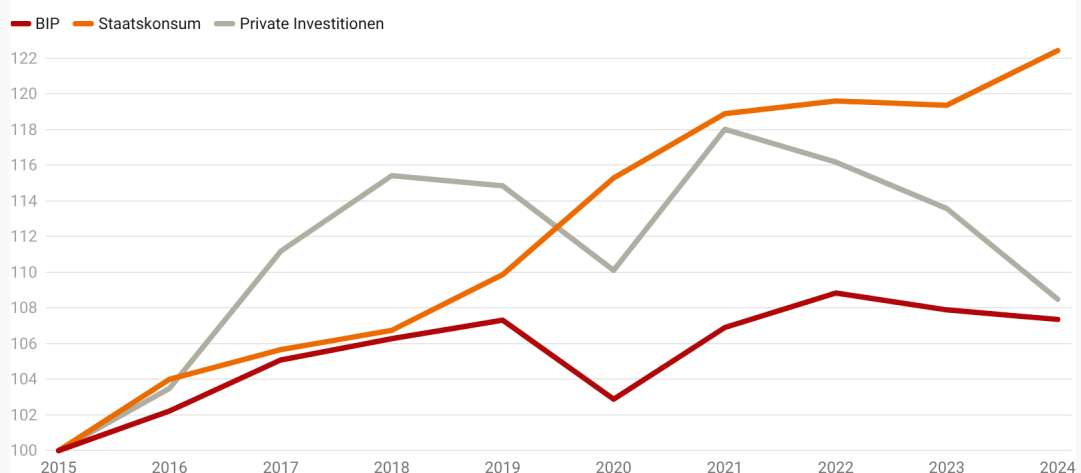


Chart: Fabian Scheidegger • Source: OECD • Created with Datawrapper

Schweiz

— BIP — Staatskonsum — Private Investitionen

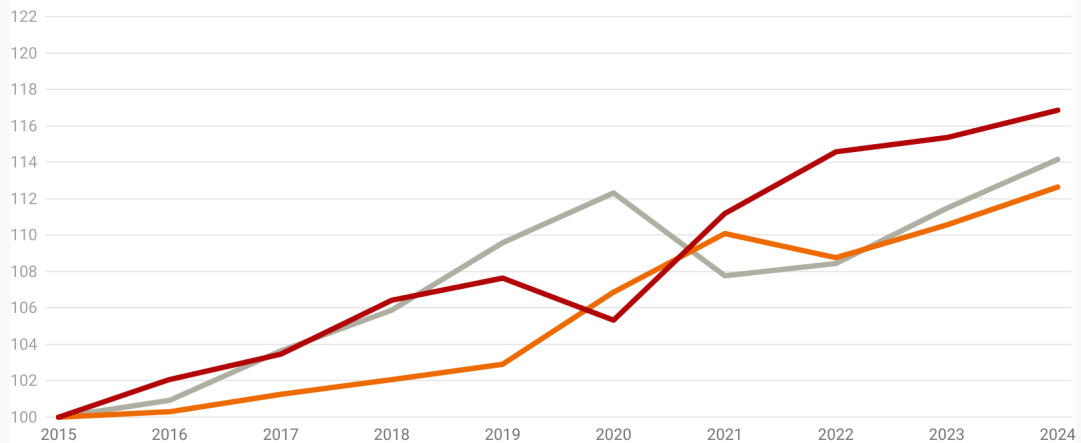


Chart: Fabian Scheidegger • Source: OECD • Created with Datawrapper

Insgesamt verlaufen die drei Kurven für die Schweiz stabiler, aber nicht wesentlich dynamischer als in Deutschland oder beispielsweise in Frankreich. Glücklicherweise verzeichnen wir noch keinen Einbruch der privaten Investitionen. In Deutschland brechen diese aufgrund aktiver Industriepolitik so stark ein wie in keinem anderen europäischen Land. Wenn der Staat mit Subventionen um sich wirft, orientieren sich die Unternehmen an den behördlichen Geldhähnen und nicht am Markt. Innovation bleibt auf der Strecke und Investitionen werden durch weniger effiziente staatliche Investitionen verdrängt.

Damit die Wirtschaft mit den innovativsten Ländern mithalten kann, braucht sie gute Rahmenbedingungen. Und an diesen wird momentan stark gerüttelt. Die Zölle der USA haben den Unternehmen ein halbes Jahr lang zugesetzt und die Regulierungskosten ufern aus. Es ist kein Wunder, dass Unternehmen angesichts unnötiger Bürokratiekosten von 30 Milliarden Franken pro Jahr mit Investitionen zögerlich sind.

Impulse aus der Peripherie

Zu Zeiten der Schuldenkrise war Europa zweigeteilt. Der «vernünftige» Kern verordnete der kriselnden Peripherie strenge Sparpakete. Sie sollten Schuldenberge abbauen, Zinsen senken und damit die Wirtschaft stabilisieren. Die Austeritätsprogramme² waren unbeliebt und oft von einem belehrenden Unterton begleitet. Jetzt hat sich die Situation umgekehrt. Die Wirtschaft stockt im Kern Europas, während in Spanien, Italien, Portugal oder Griechenland wieder investiert wird. Besonders vorbildlich entwickelt sich Litauen. Es weist hohe Wachstumsraten und ein gutes Investitionsklima auf. Der Staatskonsum hat sich seit 2015 kaum verändert. Das ist darauf zurückzuführen, dass Litauen unter den OECD-Ländern als besonders wettbewerbsfreundlich abschneidet³. Eintrittsschranken für Unternehmen sind tief, der Baubewilligungsprozess ist kurz und selbst Firmenabwicklungen verlaufen nach internationalen Best Practices. Das Beispiel Litauen zeigt, dass Wachstum nicht aus höherem Staatskonsum entsteht, sondern aus wettbewerbsfreundlichen Rahmenbedingungen. Damit die Schweiz wieder auf einen grünen Zweig kommt, sollte sie sich anstelle von Deutschland von Litauen eine Scheibe abschneiden. Mit dem Abbau von unnötiger Regulierung wäre ein wichtiger Anfang getan.

Abbildung 2

Wirtschaftsentwicklung in ausgewählten OECD-Ländern

Veränderung von BIP, Staatskonsum und privaten Investitionen im Jahr 2024 gegenüber dem Jahr 2015.

Land	BIP	Staatskonsum	Private Investitionen
Österreich	+11.1%	+16.5%	-1.0%
Frankreich	+11.4%	+13.4%	+6.5%
Niederlande	+18.7%	+23.1%	+7.3%
Deutschland	+7.4%	+22.4%	+8.5%
Schweiz	+16.9%	+12.6%	+14.2%
Polen	+37.1%	+45.3%	+15.9%
EU	+15.0%	+18.3%	+17.9%
Litauen	+32.7%	+1.9%	+24.0%
Spanien	+18.4%	+23.5%	+26.2%
USA	+24.0%	+16.5%	+29.5%
Italien	+10.2%	+6.8%	+40.3%
Dänemark	+20.4%	+4.2%	+40.7%
Portugal	+21.7%	+13.5%	+51.4%
Griechenland	+14.9%	+2.8%	+92.0%

Source: OECD - Created with Datawrapper



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung



Fabian Scheidegger

Projektmitarbeiter Wirtschaftspolitik & Bildung

1. Staatskonsums: Der Staatskonsum umfasst Ausgaben wie Soziales, Beamtengehälter, Militärausgaben, Ausgaben für die Entwicklungshilfe oder die Landwirtschaft. Auch unter dem Staatskonsum gibt es Ausgabenposten wie Bildung und Forschung, die von Natur aus einen Investitionscharakter haben. Aber generell gilt: Der Staatskonsum verflüchtigt sich bald, wenn nicht jedes Jahr von Neuem Geld gesprochen wird.

2. Austeritätsprogramme: Austeritätsprogramm: Ein Massnahmenpaket zur Konsolidierung des Staatshaushalts. Es umfasst typischerweise Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und strukturelle Reformen, um Defizite und Schulden zu reduzieren. Während der Schuldenkrise wurden in mehreren europäischen Ländern in der Peripherie solche Austeritätsprogramme angeordnet.

3. abschneidet: Vgl. Product Market Regulation, OECD und OECD Economic Surveys: Lithuania 2025.

© economiesuisse | www.economiesuisse.ch